

Montag, 17.05.2021 - 23:33

Wald-Prämie für Gemeinden der VG Langenlonsheim-Stromberg

Bundesministerin Julia Klöckner will Gemeinden bei nachhaltiger Forstwirtschaft unterstützen und übergibt Prämien von 100 Euro für jeden Hektar Wald.

Von Norbert Krupp



Bundesministerin Julia Klöckner überreichte Bürgermeister Michael Cyfka einen symbolischen Bescheid über 197 100 Euro, die an elf Gemeinden mit Waldbesitz ausgezahlt werden. Die Ortsbürgermeister freuten sich über diese unerwartete Nachhaltigkeitsprämie. (Foto: Norbert Krupp)

VG LANGENLONSHEIM-STROMBERG - Die Wälder sind seit Jahren im Dauerstress: Stürme legten große Baumbestände um, und die zunehmende Trockenheit schwächte die oft an falschen Stellen etablierten Fichtenkulturen, die sich gegen den parasitären Befall durch Borkenkäfer nicht mehr wehren konnten. Sogar Laubbäume wie Buchen und Eichen leiden inzwischen an ihren naturgemäßen Standorten unter dem zunehmenden Wassermangel. Die Zukunft des Waldes als grüne Lunge, die Sauerstoff produziert und Kohlendioxid bindet, ist in Gefahr. Vor diesem Hintergrund überreichte jetzt Bundeswaldministerin Julia Klöckner am Langenlonsheimer Forsthaus Bescheide über insgesamt 197 100 Euro Nachhaltigkeitsprämie an elf Ortsbürgermeister waldbesitzender Gemeinden in der VG.

Zwei trockene und heiße Sommer bereiten Probleme

Die Ministerin gab zu bedenken, dass die Dürrejahre 2020 und 2021 durch die heißesten und trockensten Sommer auffielen, seit in den 1860er-Jahren die ersten Wetteraufzeichnungen erfolgten. „Das hatte ganz massive Auswirkungen“, konstatierte Klöckner. Durch Stürme und Borkenkäferbefall seien große Mengen an Kalamitäten- und Schadholz angefallen: „Allein im Forstrevier Stromberg mussten 2020 mehr als 5500 Kubikmeter vom Borkenkäfer befallenes Fichtenholz aufbereitet werden, das sind über 7000 Bäume.“ Ohne Wald würde Deutschland

gut 14 Prozent mehr Kohlendioxid freisetzen. Deshalb sprach sich Klöckner für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung aus, um dauerhaft CO₂ zu binden.

Bei der Forstwirtschaft müsse man enkel- und generationengerecht denken und dürfe nicht mehr Holz einschlagen, als nachwachse. Bund und Länder hätten 1,5 Milliarden Euro bereitgestellt, um in Privat- und Kommunalwäldern Schadholz zu räumen, Nassholzlager anzulegen und zerstörte Wälder wieder aufzuforsten. In Rheinland-Pfalz gebe es 840 000 Hektar Wald, das seien 42 Prozent der Landesfläche. Weil es wichtig sei, Gemeindewälder zu erhalten und Kahlfächen wieder aufzuforsten, habe sie eine Nachhaltigkeitsprämie eingeführt, „um diejenigen zu unterstützen, die etwas fürs Gemeinwohl tun: Wer Bäume pflanzt, sorgt für ein besseres Klima und denkt an die nächste Generation“. Doch die Waldbesitzer hätten Geldsorgen, weil der Holzmarkt eingebrochen sei. Sie wolle den Kommunen helfen, dass diese dennoch wieder aufforsten können. Dabei müssten Bäume gepflanzt werden, die mit der Klimaveränderung zurechtkommen und zu ihrem Standort passen. VG-Bürgermeister Michael Cyfka freute sich über die Unterstützung der elf waldbesitzenden Gemeinden aus dem Topf der Bundeswaldprämie. Der jüngste Zustandsbericht über die heimischen Wälder skizziere eine dramatische Situation.

„Die knapp 200 000 Euro, die hier in die Verbandsgemeinde fließen, sind ein tolles Signal“, sagte Bernhard Frauenberger, der Leiter des Forstamtes Soonwald, das auch für die VG Langenlonsheim-Stromberg zuständig ist. „Der Wald und die Waldbesitzer haben diese Unterstützung nötig. Wald darf keine Last sein, denn er ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, erklärte der Forstbeamte. Im Soonwald seien die Folgen des Klimawandels schon seit 1990 zu sehen. Damals hätten die Stürme die reinen Fichtenbestände angegriffen, die inzwischen in Laubwald-Mischbestände überführt worden seien. Frauenberger geht davon aus, dass künftig vermehrt Weißtannen sowie Esskastanien und Speierlinge gepflanzt werden. Bei der Übergabe der ersten Bewilligungsbescheide fiel auf, dass die darin genannten Zuschüsse fast nie zum Waldbesitz der Gemeinden passten. Doch Klöckner umschiffte die Panne und ließ sich von ihrem Stab die richtigen Zahlen beschaffen. Daxweiler bekommt 1000 Euro Nachhaltigkeitsprämie (für zehn Hektar zertifizierte Waldfläche), Dörrebach 23 400 Euro, Langenlonsheim 36 400 Euro, Roth 5900 Euro, Schöneberg 7000 Euro, Schweppenhausen 2000 Euro, Seibersbach 26 900 Euro, Stromberg 32 200 Euro, Waldlaubersheim 18 500 Euro, Warmsroth 9900 Euro sowie Windesheim 33 900 Euro. Danach gefragt, wie die Nachhaltigkeitsprämie denn investiert werden soll, antworteten die Ortsbürgermeister unisono, dass das Geld aus Berlin in den defizitären Forsthaushalt fließen werde, um dessen Zuschussbedarf ein wenig abzumildern. Angesichts der Kosten, die durch den Einschlag abgestorbener Bäume und die vorgeschriebene Wiederaufforstung der Flächen auf die Kommunen zukommen, ist der Bundeszuschuss aber wohl nur ein Tropfen auf den heißen Stein.